

POLICY BRIEF

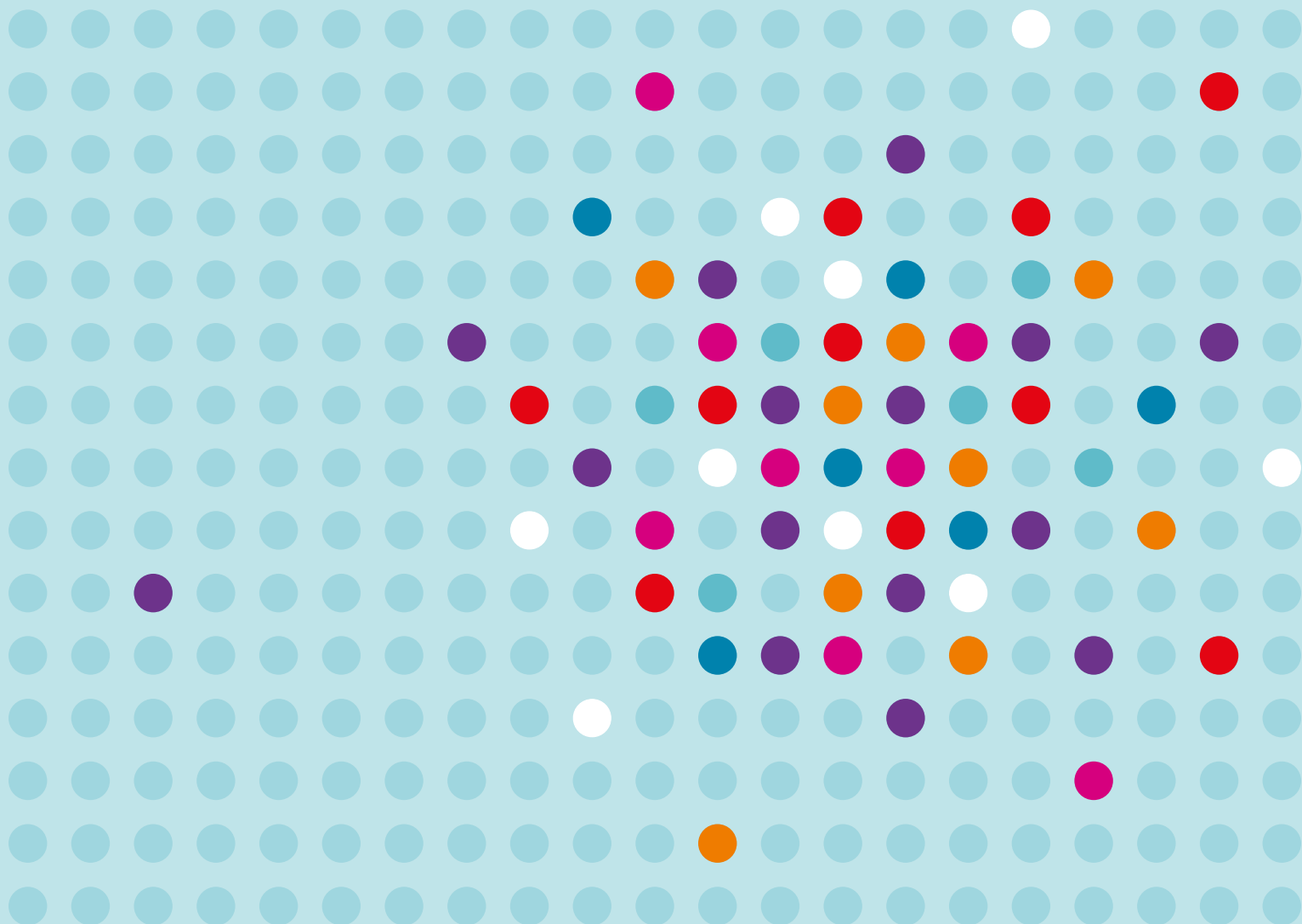
Das WSI ist ein Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Nr. 68 · Policy Brief WSI · 3/2022

DIE AFD - ALTERNATIVLOS FÜR DIE EINEN, UNWÄHLBAR FÜR DIE MEISTEN ANDEREN

Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Jahreswechsel 2020/21
zum potenziellen Wahlverhalten

Andreas Hövermann



1 Einleitung

Zum Jahreswechsel 2020/2021 schien die für September 2021 angesetzte Bundestagswahl bereits weitgehend entschieden. In den Umfragen aus dieser Zeit führte die Union mit rund 35 Prozent klar vor den Grünen und der SPD, die zwischen 16 und 18 Prozent lagen. Der Einbruch in der Gunst der Wähler:innen begann für die Union erst im März/April 2021 mit der sogenannten Maskenaffäre und später dann mit der Bekanntgabe der Kanzlerkandidaturen von Armin Laschet und Annalena Baerbock, von denen vor allem die Grünen ab April 2021 vorübergehend profitieren konnten. Der Aufstieg und die Aufholjagd der SPD, der im Wahlsieg Ende September 2021 gipfelte, begann erst Anfang August 2021 und ging auf Kosten großen Zuspruchverlusts der Union und der Grünen.

Zum Jahreswechsel 2020/21 war die Corona-Pandemie in einer Phase, in der das bis dahin so relativ erfolgreiche und international gelobte Pandemiemanagement der Bundes- und Landesregierungen erste größere Risse in der Bevölkerung bekam. Der sogenannte „Lockdown-Light“ brachte nicht die erhoffte Wirkung und zehrte sehr an den Kräften der Bevölkerung. Zudem erklommen die Todeszahlen Rekordwerte von rund 1.000 Gestorbenen am Tag, die auch bis zum aktuellen Zeitpunkt nicht wieder erreicht wurden. Die Schutz-Impfungen gegen das Virus liefen gerade erst an und ebenso die damit verbundenen Engpässe und Priorisierungskonflikte, die die öffentliche Debatte der folgenden Monate maßgeblich prägen sollten.

In dieser Zeit wurden im Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung telefonisch repräsentative Daten erhoben, die den vorliegenden Analysen zugrunde liegen. Kernthemen der Befragung umfassten die Lebenslage, die Arbeitssituation sowie die Einstellungen zu Politik und Gesellschaft. Der umfassende Fragebogen enthielt auch Fragen zum Wahlverhalten der Befragten. Dabei wurde neben der klassischen Sonntagsfrage auch ein hypothetisches Szenario erhoben, für das gefragt wurde, welcher Partei man die Stimme gäbe, würde die Partei, die man eigentlich wählt, nicht antreten.

Die Sonntagsfrage sowie die zusätzliche hypothetische Frage bilden den Kern der Analysen des vorliegenden Policy Briefs zum potenziellen Wahlverhalten und dem Wahlpotenzial. Es lassen sich hieraus drei Forschungsfragen formulieren. Neben der offensichtlichen direkten Auszählung, welchen Parteien besonders häufig die Stimme gegeben würde und welche Partei besonders häufig als Alternative in Frage käme, sind dies:

- Wie groß ist das jeweilige Wahlpotenzial der Parteien, das sich aus Sonntagsfrage und Alternativwahl aufaddieren lässt?
- Wie groß ist das Alleinstellungsmerkmal der jeweiligen Parteien? Wessen Wahlklientel würde also besonders häufig keine andere Partei wählen?
- Wer würde auch besonders häufig welche andere Partei wählen? Welche Wahlklientel steht welcher anderen Partei besonders nahe?

Ein besonderer Fokus bei der Betrachtung der Fragen liegt auf der Wahlklientel der autoritär-nationalradikalen AfD, da es für das Fortbestehen von Demokratien wichtig ist, das Wahlpotenzial für Parteien mit demokratie- und verfassungsfeindlichen Positionen auszuleuchten. Bereits in vergangenen Studien fielen die AfD und ihre Wähler:innen hier mit herausstechenden Werten auf. So zeigten sich Wähler:innen der AfD besonders selten bereit, eine andere Partei zu wählen (Neu 2021; Höhn 2021; INSA 2021). Umgekehrt erschien die AfD für besonders wenige Wähler:innen der etablierten demokratischen Parteien als Alternative (Neu 2021; Höhn 2021; INSA 2021) und wird von besonders Vielen stark abgelehnt (Vehrkamp/Merkel 2021).

2 Datensatz

Die zugrunde liegenden Daten wurden vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS in der Zeit vom 4. November 2020 bis 7. Januar 2021 erhoben.¹ Die Erhebung erfolgte in Form von Telefonumfragen (CATI) im Dual-Frame-Modus, sodass sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern zufällig angewählt wurden. Die repräsentativ abgebildete Grundgesamtheit für die Befragung stellte die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren dar, die über mindestens einen Festnetz- oder einen Mobilfunkanschluss verfügte.²

Erwerbstätige wurden überproportional erhoben, da ein Großteil des Fragebogens Arbeitsbedingungen und arbeitsrelevante Einstellungen betraf und daher der nicht-arbeitenden Bevölkerung nicht vorgelegt wurde. Realisiert werden konnte eine Nettostichprobe von 4.116 Interviews.

Die Stichprobenziehung erfolgte unter systematischen und kontrollierten Bedingungen in einem mehrstufigen, geschichteten Zufallsauswahlverfahren nach dem Random-Digit-Dialing-Verfahren (detaillierte Informationen zum Verfahren auch bei Hövermann/Kohlrausch/Voss 2022). Um nach Abschluss der Untersuchung sowohl Aussagen für die gesamte Bevölkerung Deutschlands ab 16 Jahren als auch für jede der 96 Raumordnungsregionen treffen zu können, erfolgte zunächst eine proportionale Ziehung der Raumordnungsregionen, gefolgt von einer Aufstockung der unterrepräsentierten Regionen und schließlich einer disproportionalen Abbildung der Erwerbstätigkeit von 70 Prozent.

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten vor ihrer Auswertung einer Gewichtung unterzogen. Die Notwendigkeit hierfür ergab sich zum einen durch die disproportionalen Stichprobenziehung. Zum anderen treten bei der Erhebung von quantitativen Umfragedaten auch unbeabsichtigte Verzerrungen auf, die sich dadurch ergeben, dass nicht alle Personen-

¹ Zwölf Fälle wurden etwas später zwischen dem 15. und 18. Januar 2021 nacherhoben, um regionale Abdeckungen anzupassen.

² Ziel der Stichprobenziehung war es zudem, Befragte aus allen 96 Raumordnungsregionen (ROR) Deutschlands zu berücksichtigen, um in einer späteren Projektphase Kontextdaten der Regionen zuspätspielen zu können. Die Interviews innerhalb der Raumordnungsregionen (ROR) wurden proportional zu deren Einwohneranzahl durchgeführt. Regionen, in denen weniger als 30 Interviews entstanden, wurden geboostet, sodass in jeder der RORs mindestens 30 Interviews geführt wurden.

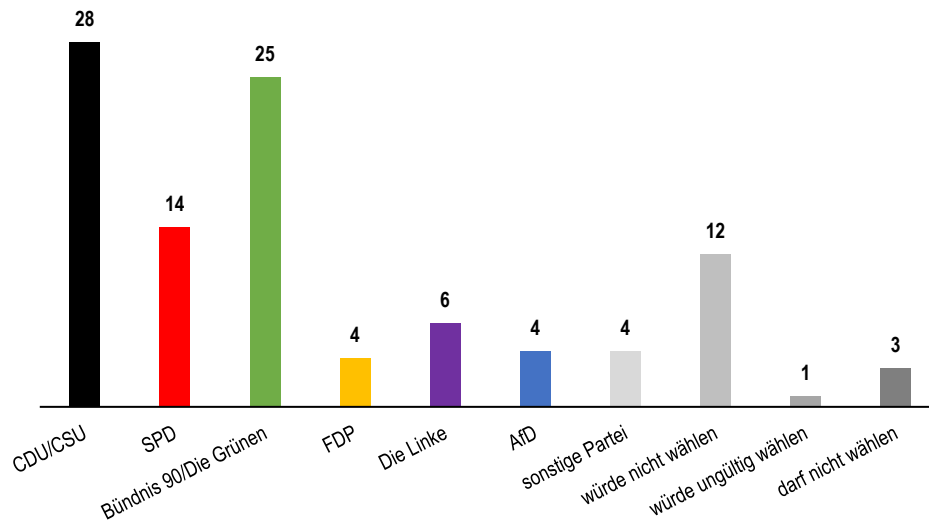
gruppen in Befragungen gleichermaßen zu erreichen sind. Wie bei der Festlegung der Quotenmerkmale wurden die Gewichtungsvorgaben für Alter, Geschlecht, höchster Schulabschluss und Erwerbstätigkeit aus dem Tageszeitungsdatensatz der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse 2019 gezogen. Die Daten für die Raumordnungsregionen stammen hingegen aus der amtlichen Statistik.

Die realisierte Stichprobe konnte zwar das Geschlechterverhältnis relativ adäquat abbilden, es wurden jedoch bezüglich des Alters jüngere Befragte und bezüglich des Schulabschlusses Befragte mit niedriger Bildung deutlich unterrepräsentiert erfasst. Dies wird mit den oben erläuterten Gewichtungen korrigiert.

3 Sonntagsfrage und alternative Stimme

In der Befragung wurde zum einen die klassische sogenannte Sonntagsfrage gestellt, in der die Befragten gebeten werden, anzugeben, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre. Abbildung 1 zeigt die gewichteten repräsentativen Werte für die Bevölkerung Deutschlands über 16 Jahren zum Jahreswechsel 2020/21. Der Union und den Grünen wollten 28 bzw. 25 Prozent der Befragten ihre Stimme geben, der SPD 14 Prozent; der Linken, der FDP und der AfD zwischen 4 und 6 Prozent. Diese Zustimmungswerte liegen in etwa auf dem Niveau der Umfrageinstitute zu diesem Zeitpunkt. Die Werte der Union und der AfD waren in den meisten Umfragen eher höher, die der Grünen eher niedriger. Angesichts der dreimonatigen Erhebungsspanne unserer Befragung ist dies jedoch nicht direkt vergleichbar. Zudem sind hier in den Anteilen auch noch diejenigen Befragten berücksichtigt, die entweder nicht oder ungültig wählen würden oder aus Alters- oder Staatsbürgerschaftsgründen nicht wählen dürfen. Entsprechend größer fielen die Anteile für die Parteien aus, wenn nur die sechs Parteien berücksichtigt würden, die die Fünf-Prozent-Hürde überspringen würden.

Abbildung 1: Welche Partei würden Sie wählen, wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre?
Angaben in Prozent

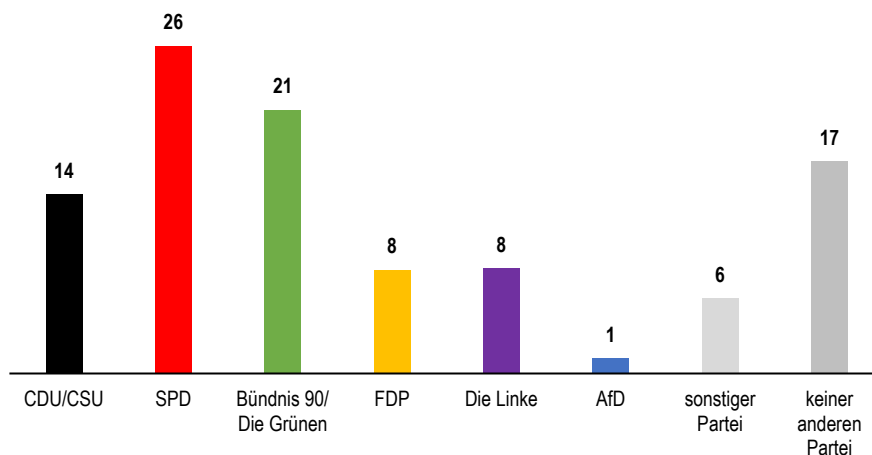


Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=3.190), Erhebungszeitraum: Nov 20-Jan 21. Befragte, die „weiß nicht“ oder „keine Angabe“ angegeben haben, wurden hier nicht berücksichtigt.



Nachdem die Befragten angegeben haben, welcher Partei sie ihre Stimme geben würden, wurde ihnen eine zweite Frage zum Wahlverhalten gestellt, die ein hypothetisches, vignettenartiges Szenario enthält: „Angenommen, diese Partei würde nicht antreten, welcher anderen Partei würden Sie Ihre Stimme geben?“ Jede/r Befragte konnte hier eine Partei angeben. Zunächst ist in Abbildung 2 abgebildet, wie häufig die Parteien hier genannt wurden.

Abbildung 2: Angenommen, diese Partei würde nicht antreten, wem würden Sie Ihre Stimme geben?
Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21



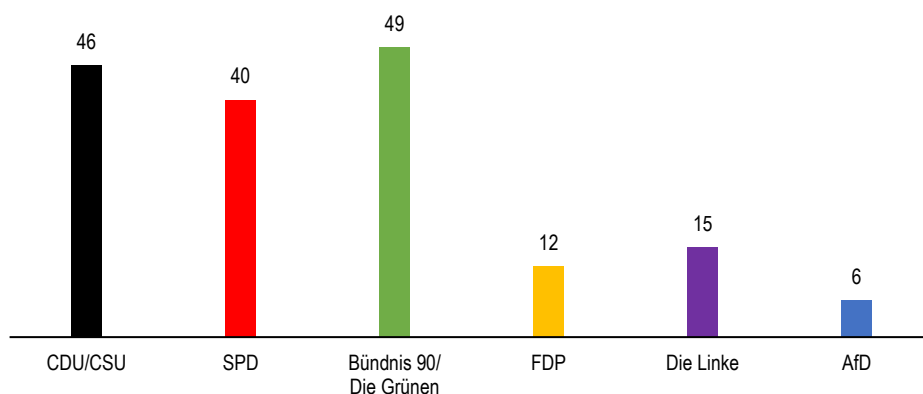
Eine einfache Auszählung der Antworten zu dieser Frage zeigt hier, dass zu diesem Zeitpunkt besonders viele Befragte bereit wären, auch der SPD ihre Stimme zu geben. Der eingangs angesprochene, anschließend tatsächlich erfolgte enorme Stimmenzuwachs der SPD bis hin zum Gewinn der Bundestagswahl im September 2021 lässt sich also hier schon im hohen Wahlpotenzial andeuten. Auch die Grünen werden von vielen (21 Prozent) als Alternative genannt, gefolgt von der Union (14 Prozent), der FDP und der Linken (jeweils 8 Prozent).

Erstaunlich niedrig ist der Anteil der Befragten, der hier als Alternative die AfD angibt – lediglich 1 Prozent der Befragten, die auch wählen würden bzw. dürfen, nennen die AfD. Dies lässt einerseits darauf schließen, dass die AfD offenbar ihr Wahlpotenzial sehr gut ausschöpft, da die meisten derjenigen, die ihnen auch potenziell ihre Stimme geben würden, dies auch angeben zu tun. Andererseits gilt es hier aber auch, auf die Grenzen der telefonischen Umfrageforschung hinzuweisen, da davon auszugehen ist, dass durchaus einige Befragte aus Gründen der sozialen Erwünschtheit hier nicht die AfD angeben, sodass der Wert hier tendenziell unterschätzt wird.

Weitere 17 Prozent der Befragten geben an, dass man keiner anderen Partei die Stimme geben würde, wenn die Partei, die man eigentlich wählen möchte, nicht antreten würde. Diese Befragten könnte man auch als besonders eng an ihre Partei gebunden beschreiben, da sie nur einer Partei ihre Stimme geben würden.

Führt man die beiden Fragen zusammen und betrachtet, welche Parteien entweder bei der Sonntagsfrage oder bei der hypothetischen Sonntagsfrage genannt wurden, ergibt sich das in Abbildung 3 dargestellte Bild. Dies könnte auch als Wahlpotenzial der jeweiligen Parteien bezeichnet werden, da der dargestellte Wert abbildet, wie viele Befragte angaben, generell bereit zu sein, dieser Partei eine Stimme zu geben. Hierbei ist es wichtig, zu bedenken, dass sich die Werte nicht auf 100 Prozent aufaddieren lassen, da ein/eine Befragte/r für zwei Parteien als Wahlpotenzial auftreten kann (einmal als Erstwahl und einmal als hypothetische Alternative).

Abbildung 3: Wahlpotenzial (entweder Partei bei Sonntagsfrage oder bei hypothetischer Sonntagsfrage genannt)
Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.702). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben. Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21

WSI

Die Auszählung hier zeigt vor allem für die Union, die SPD und die Grünen ein hohes Wahlpotenzial zwischen 40 und 49 Prozent. Diese Parteien werden somit von einem großen Teil der Befragten als Parteien genannt, denen man die Stimme geben würde. Der FDP oder der Linken würden mit 12 bzw. 15 Prozent deutlich weniger Befragte ihre Stimme geben. Nochmals deutlich geringer – mit 6 Prozent – fällt hier das Wahlpotenzial der AfD aus.

4 Parteien mit größtem Alleinstellungsmerkmal für ihre Klientel

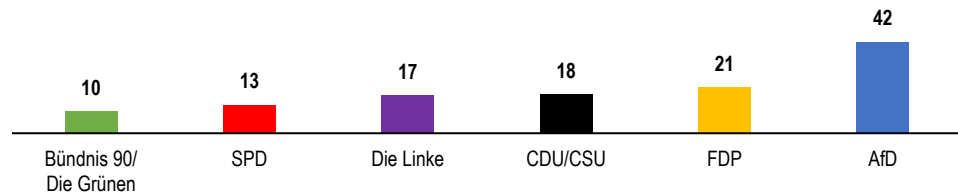
Im Folgenden Abschnitt wird nun zunächst betrachtet, welche Parteien besonders viele Befragte zu ihren Wähler:innen zählt, die angeben, dass sie nur diese Partei wählen würden. Abbildung 4 stellt die Befunde dar.

Es zeigt sich, dass der Anteil der Befragten, die sich nicht vorstellen können, eine andere Partei zu wählen, bei Wähler:innen der Grünen, der SPD oder der Linken mit 10, 13 und 17 Prozent besonders klein ausfällt. Bei der Union und der FDP ist der Anteil hier geringfügig höher mit 18 bzw. 21 Prozent. Für die Wahl-Klientel der etablierten demokratischen Parteien gilt also in überwältigender Mehrheit, dass sie auch bereit dazu wären, einer anderen Partei ihre Stimme zu geben.

Deutlich größer ist der Anteil hier bei den Wählenden der AfD. Hier geben 42 Prozent der AfD-Wählenden an, keiner anderen Partei ihre Stimme zu geben. Für einen hohen Anteil der AfD-Wählenden ist die AfD somit alternativlos.

Abbildung 4: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Partei, der keiner anderen Partei Stimme geben würde

Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21

WSI

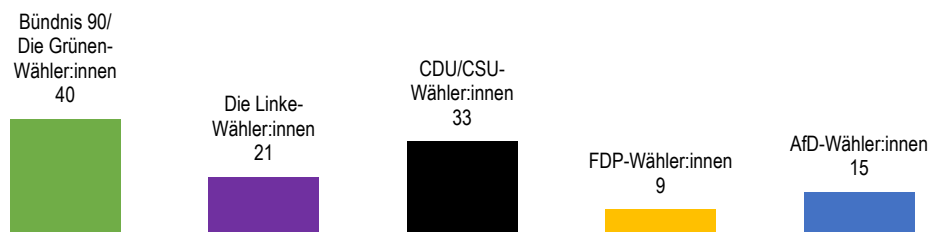
5 Wer würde auch welche andere Partei wählen?

Zusätzlich lässt sich anhand dieser Daten analysieren, bei welchen Wähler:innen anderer Parteien besonders hohes Potenzial vorhanden ist, Wähler:innen für die eigene Partei zu überzeugen.

Beginnen wir hierzu mit der SPD (vgl. Abbildung 5). Hier zeigt sich wenig überraschenderweise, wenn man die inhaltlichen Überschneidungen und Koalitionswünsche bedenkt, dass sich insbesondere Wähler:innen der Grünen vorstellen könnten, SPD zu wählen, wenn die Grünen nicht antreten würden. Rund jede/r Fünfte Wählende der Linken gibt die SPD als Alternative an.

Abbildung 5: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der die SPD wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde

Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21

WSI

Jedoch auch unter Wähler:innen der Union ist der Anteil hier hoch, da jede/r Dritte Unions-Wählende die SPD als Alternative angab, falls die Union nicht antreten würde. Etwa 15 Prozent der AfD-Wählenden wäre bereit, die SPD zu wählen, wenn die AfD nicht anträte.

Häufig nochmals höher sind die Werte, wenn betrachtet wird, wer bereit wäre, den Grünen die Stimme zu geben (vgl. Abbildung 6). Für knapp die Hälfte der SPD-Wählenden wären die Grünen die Wahlalternative. Auch unter Wählenden der Linken ist der Wert mit 35 Prozent sehr hoch, sodass die Grünen für Wählende der Linken die Hauptalternativpartei ist. Die Grünen sind für immerhin auch noch 28 Prozent der Unions-Wähler:innen die Wahlalternative, was ebenfalls einen hohen Wert darstellt. Äußerst niedrig ist hier der Wert für AfD-Wählende: Nur 1 Prozent von ihnen sehen in den Grünen eine Alternative, sodass diese beiden Klientelen als maximal weit auseinander erscheinen.

Abbildung 6: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der Bündnis 90/die Grünen wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde
Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21

WSI

Die Union ergibt sich wenig überraschend für die FDP-Wähler:innen als Hauptwahlalternative: 40 Prozent nennen sie hier (vgl. Abbildung 7). Aber auch für einige Wählende der SPD (27 Prozent) und der Grünen (22 Prozent) stellt die Union die Hauptalternative dar. Für 10 Prozent der AfD-Wählenden wäre die Union die erste Alternative, wenn die AfD nicht anträte.

Abbildung 7: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der CDU/CSU wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde
Angaben in Prozent

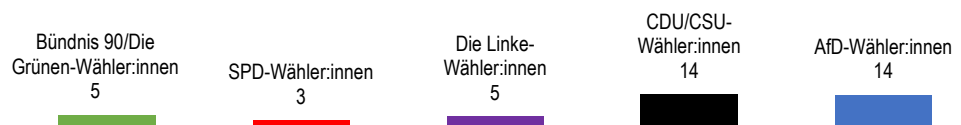


Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21



Betrachtet man, wer die FDP als Wahlalternative sieht (vgl. Abbildung 8), fällt zunächst zwar auf, dass u. a. der höchste Wert (14 Prozent) hier bei den Unions-Wählenden liegt. Dieser ist jedoch bei weitem nicht so hoch, wie der Wert der Union als Alternative für die FDP-Wählenden. Während also die Union für die FDP-Wählenden klar die Hauptalternative darstellt, ist die FDP für die Unions-Wählenden nur eine Partei von vielen. Die SPD (33 Prozent) und die Grünen (28 Prozent) sind hier bei Unions-Wählenden deutlich attraktiver und häufiger genannt. Zudem ist noch nennenswert, dass auch immerhin 14 Prozent der Anhängerschaft der AfD die FDP als Wahlalternative nennt.

Abbildung 8: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der FDP wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde
Angaben in Prozent

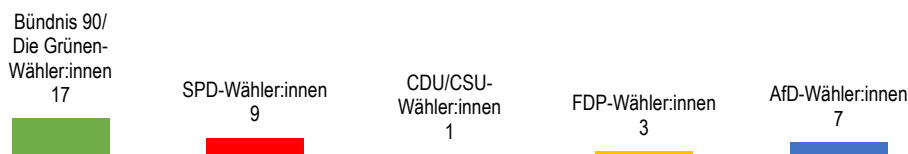


Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21



Die Linke erscheint insbesondere für Wähler:innen der Grünen und mit Abstrichen auch der SPD als Alternative (vgl. Abbildung 9): 17 Prozent bzw. 9 Prozent nennen sie hier. Auch 7 Prozent der Wählerschaft der AfD könnte sich vorstellen, die Linke zu wählen, wenn die AfD nicht anträte und somit vom rechten Rand des Parteienspektrums zum linken Rand zu wechseln.

Abbildung 9: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der die Linke wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde
Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21



Sehr gering ist dann schließlich die Attraktivität der AfD als Wahlalternative für Wählende der fünf etablierten Parteien im Bundestag (vgl. Abbildung 10). Kaum jemand, der die Grünen, die SPD, die Linke oder die Union wählt, würde sich für die AfD entscheiden, wenn die eigentlich gewählte Partei nicht antreten würde. Mit 5 Prozent ist dieser Wert unter FDP-Wähler:innen etwas höher, jedoch immer noch gering.

Abbildung 10: Anteil der Wähler:innen der jeweiligen Parteien, der AfD wählen würde, wenn die jeweilige Partei nicht antreten würde
Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=2.518). Nur Befragte, die eine Partei bei der Sonntagsfrage angegeben haben (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21



6 Wen würden AfD-Wähler:innen sonst wählen?

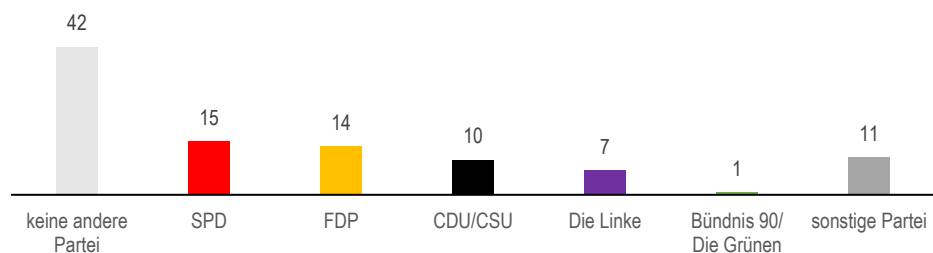
Abschließend lässt sich nochmals gesondert ausweisen, wie Wählende der AfD auf das hypothetische Szenario, dass die AfD nicht antreten würde, geantwortet haben (vgl. Abbildung 11). Der mit 42 Prozent größte Anteil der AfD-Wählenden gibt bei der hypothetischen Sonntagsfrage an, dass man keiner anderen Partei die Stimme geben würde, sodass für besonders viele AfD-Wählende die Partei alternativlos ist. Träten sie nicht an, würden diese Befragten also vermutlich nicht oder ungünstig wählen und nicht zu den etablierten demokratischen Parteien wechseln.

Weitere rund 47 Prozent der AfD-Wählenden wären jedoch prinzipiell bereit, einer der anderen etablierten demokratischen Parteien eine Stimme zu geben. Am häufigsten werden hier SPD (15 Prozent), FDP (14 Prozent), Union (10 Prozent) und auch die Linke (7 Prozent) genannt, während die Grünen für kaum eine/n AfD-Sympathisant:in eine Wahlalternative darstellt.

Schließlich würden 11 Prozent der AfD-Wähler:innen sonstigen kleineren Parteien ihre Stimme geben. Es wurde nicht weiter erfragt, um welche Parteien es sich dabei handelt, sodass wir hier keine genaueren Aufschlüsselungen tätigen können. Es ist jedoch davon auszugehen, dass hier sicherlich einige Stimmen auf andere rechtspopulistische oder rechtsextreme Kleinparteien entfallen würden.

Abbildung 11: Wen AfD-Wähler:innen wählen würden, wenn die AfD nicht antreten würde (maximal eine Partei konnte genannt werden)

Angaben in Prozent



Quelle: Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“. Repräsentative Daten für Gesamtbevölkerung Deutschlands >16 Jahren: Zufallsstichprobe, telefonische Interviews (N=130). Nur Befragte, die bei der Sonntagsfrage angegeben haben, AfD zu wählen (abzüglich „weiß nicht“ und „keine Angabe“ bei hypothetischer Sonntagsfrage). Erhebungszeitraum: Nov 20–Jan 21

WSI

7 Fazit

Die vorliegende Analyse des Wähler:innenpotenzials der Parteien im Deutschen Bundestag basierend auf einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Jahreswechsel 2020/21 bringt verschiedene Erkenntnisse zu Tage. Das neben der klassischen Sonntagsfrage zusätzliche Erfragen einer hypothetischen Sonntagsfrage erwies sich hier als erkenntnisreich und gewinnbringend.

Durch die Kombination der Sonntagsfrage und der Wahlabsicht, wenn diese Partei nicht antreten würde, ließ sich eine Variable des Wähler:innenpotenzials erstellen. Für diese Parteien ist also prinzipiell eine Wahlbereitschaft vorhanden. Hier zeigten sich einerseits erwartbare Konstellationen: Befragte waren besonders häufig bereit auf inhaltlich nahestehende Parteien zu wechseln, wenn die Partei, die sie eigentlich wählen würden, nicht antreten würde. Zur SPD würden beispielsweise besonders häufig Grünen- oder Linke-Wähler:innen wechseln, zur Union besonders häufig FDP-Wähler:innen.

Andererseits zeigte sich dies aber nicht durchgehend für alle Kombinationen, die durch inhaltliche Überschneidungen erwartbar gewesen wären. So äußerte nur ein überraschend kleiner Anteil der Unions-Wählerschaft von 14 Prozent die FDP als erste Wahlalternative. Für die Unions-Wähler:innen erschienen die SPD (33 Prozent) und die Grünen (28 Prozent) deutlich häufiger als attraktive Alternativen. Diese überraschend große Nähe der Union zur SPD und den Grünen zeigt sich auch umgekehrt, da große Anteile der Grünen- (22 Prozent) und SPD-Anhängerschaft (27 Prozent) die Union als Alternativwahl angegeben haben. Hier scheint der häufig beschriebene Links-Ruck der Union unter Angela Merkel Ausdruck zu finden.

Die Befunde zur AfD und ihrer Wählerschaft fallen aus vielerlei Hinsicht ins Auge und bestätigen vorherige Studien (z.B. Neu 2021; INSA 2021), die mit leicht anderen Messungen zu ähnlichen Resultaten kamen.³ Hier sind insbesondere die folgenden drei Punkte zu nennen:

1. Es zeigt sich, dass die AfD ihr Wahlpotenzial nahezu voll ausschöpft. Oder anders ausgedrückt: Wer bereit ist, AfD zu wählen, tut dies auch. Es gibt kaum Wählende der großen demokratischer Parteien, die die AfD als Alternative angegeben haben, wenn die Partei, die sie eigentlich wählen würden, nicht anträte. Die Werte liegen hier bei 1 bis 2 Prozent der Wählenden von SPD, Linke und Union – bei 5 Prozent bei den FDP-Wähler:innen. Hier ist es jedoch wichtig zu betonen, dass dies eine Momentaufnahme darstellt. Derart dynamische Zeiten – wie die in einer Pandemie – haben durch die damit einhergehenden ökonomischen und auch sozialen Verwerfungen, die großen Belastungen und beträchtlichen politischen Mobilisierungen ein erhebliches Potenzial, dass sich auch kurzfristig

³ Neben der klassischen Sonntagsfrage wurden hier die Fragen verwendet „Könnten Sie sich vorstellen, gegebenenfalls auch eine andere Partei zu wählen? Wenn ja, welche?“ oder „Welche der folgenden anderen Parteien können Sie sich grundsätzlich vorstellen, zu wählen“. Teilweise konnten hier somit mehrere weitere Parteien genannt werden und nicht nur eine wie im Fall der vorliegenden Studie.

Menschen von den demokratischen Parteien abwenden und der AfD zuwenden (Hövermann/Kohlrausch 2022).

2. Die AfD hat unter den großen Parteien mit Abstand den größten Anteil an Wähler:innen, die keine andere Partei wählen würden. Konkret sind es rund 42 Prozent der AfD-Wählerschaft, die keine andere Partei wählen würde, wenn die AfD nicht anträte. Die Werte der anderen Wahlklientelen liegen hier zwischen 10 Prozent bei den Grünen und 21 Prozent bei der FDP und damit deutlich niedriger. Für einen besonders großen Anteil der Wählerschaft der AfD ist die AfD somit alternativlos. Dieser Befund bestätigt das Profil der AfD mit dem Alleinstellungsmerkmal der Protestpartei (vgl. auch Giebler et al. 2019).
3. Gleichzeitig lassen die Daten auch Schlüsse darauf zu, wie groß die AfD-Klientel ist, die wieder für das demokratische Parteienspektrum zurückgewonnen werden kann. Rund 47 Prozent der AfD-Wählenden gab eine der anderen großen demokratischen Parteien als Wahl-Alternative an, wenn die AfD nicht zur Wahl antreten würde. Dieser durchaus nicht kleine Wert sollte ermutigen, Wähler:innen der AfD nicht gänzlich als verloren abzuschreiben. Betrachtet man die Parteien, die für AfD-Wählende besonders häufig in Betracht kommen, wird vor allem die SPD (15 Prozent), die FDP (14 Prozent) und die Union (10 Prozent) genannt. Trotz der größtmöglichen Distanz im Links-Rechts-Parteienspektrum erscheint auch die Linke für immerhin 7 Prozent der AfD-Wählenden als Wahlalternative.

Fest steht zudem, dass die Zurückgewinnung dieser Klientel wenig erfolgversprechend erscheint, wenn sie durch rechte Anbiederung erfolgt. Vielmehr gilt es durch gute Sozialpolitik, die alle Wählerschaften erreicht und anspricht, Vertrauen zurückzugewinnen. Die Nachwahlbefragung der WSI-Erwerbspersonenbefragung (Kohlrausch 2021) offenbarte, dass Wähler:innen der AfD soziale Themen wie die Verringerung der sozialen Ungleichheit, die Anhebung des Mindestlohns, der bezahlbare Wohnraum, die Stärkung der Tarifbindung und der Mitbestimmung, die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen oder die steuerliche Entlastung unterer Einkommen sehr wichtig sind und hier Lösungen erwartet werden. Diese Befunde in Kombination mit der hier im Policy Brief dargestellten Offenheit einiger AfD-Wähler:innen, ihr Kreuz bei demokratischen Parteien zu machen, sollte ermutigen, hier anzusetzen, um diejenigen, die noch erreichbar sind, zu überzeugen.

Literatur

Giebler, H./Hirsch, M./Schürmann, B./Stoll, N./Veit, S. (2019). Nicht ich, sondern wir! Gruppenbezogene Unzufriedenheit als zentrales Bindeglied zwischen populistischen Einstellungen und Wahlpotenzial für die AfD, in: Schroeder, W./Weßels, B. (Hrsg.). Smarte Spalter: Die AfD zwischen Bewegung und Parlament, Bonn, S. 81–104

Höhn, H. (2021): Der demokratische Rechts- und Sozialstaat und sein neues politisches Fundament – Die „Tiefe Transformation“ verändert die Kulturen von Arbeit und Leben. Seit zwanzig Jahren suchen Wählerinnen und Wähler nach Möglichkeiten den Prozess zu gestalten. Hans-Böckler-Stiftung: Dossier 11/12, November 2021, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008197/p_11_12_dossier_11_2021.pdf (letzter Zugriff: 2.2.22)

Hövermann, A./Kohlrausch, B. (2022): Der Vertrauensverlust der Mütter in der Pandemie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI): WSI Report Nr. 73, März 2022, Düsseldorf, https://www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008274 (letzter Zugriff: 15.3.2022)

Hövermann, A./Kohlrausch, B./Voss, D. (2022): Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen – Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Jahreswechsel 2020/21. Hans-Böckler-Stiftung: Working Paper der Forschungsförderung Nr. 241, Februar 2022, Düsseldorf

INSA (2021): INSA-ANALYSIS-POTENTIALS, <https://www.insa-consulere.de/insa-analysis-potentiale/> (letzter Zugriff: 2.2.22)

Kohlrausch, B. (2021): Nachwahlbefragung von Erwerbspersonen. Bundestagswahl: Soziale Themen mit hohem Stellenwert – Auswertung zeigt Profil von Personen, die kurzentschlossen SPD wählten. Hans-Böckler-Stiftung: Pressemitteilung vom 9.11.2021, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-bundestagswahl-soziale-themen-mit-hohem-stellenwert-36727.htm> (letzter Zugriff: 3.2.22)

Neu, V. (2021): Des Wählers Herz – Emotionale Parteienbewertung aus repräsentativen und qualitativen Umfragen. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, <https://www.kas.de/documents/252038/11055681/Des+W%C3%A4hlers+Herz+-+Emotionale+Parteienbewertung+aus+repr%C3%A4sentativen+und+qualitativen+Umfragen.pdf/9700741a-1f19-ce56-8405-63e28bd500d0?version=1.1&t=161219302453> (letzter Zugriff: 2.2.22)

Vehrkamp, R./Merkel, W. (2021): Populismusbarometer 2020 – Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020. Bericht des Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) und der Bertelsmann-Stiftung, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Studie_Populismusbarometer_2020.pdf (letzter Zugriff: 2.2.22)

AUTOR

Dr. Andreas Hövermann

**Projektleitung: Soziale Lebenslagen und
demokratische Integration**

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung

Düsseldorf

andreas-hoevermann@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber

Hans-Böckler-Stiftung

Georg-Glock-Straße 18

40474 Düsseldorf

www.boeckler.de

ISSN 2366-9527

Satz: Daniela Groß

WWW.BOECKLER.DE